

- Ebenso notwendig ist die Kennzeichnungspflicht für Zusatzstoffe, nanotechnologische Substanzen und die Verwendung von genmanipuliertem Futter in der Produktion von Eiern, Molkereierzeugnissen und Fleisch.
- Bäuerlichen Familienbetrieben, die nachhaltig produzieren, sollten kostendeckende Preise für ihre Produkte garantiert werden; die Subventionierung industrieller Landwirtschaft muss abgebaut werden.

Bereich: Banken und Finanzbereich

Aktuelle Situation: Die Finanz- und Bankenkrise seit Anfang des 21. Jahrhunderts, die bedingt war durch ein hochriskantes Agieren der Finanzindustrie, verstärkte weltweit Arbeitslosigkeit und Armut. Trotz vollmundiger Versprechen, die Banken stärker zu regulieren, wurden nur halbherzige Reformen durchgeführt, wodurch die Finanzkrise jedoch lange nicht gebannt ist. Vor allem die Menschen im Süden Europas und in den Ländern des Südens leiden dadurch unter hoher Arbeitslosigkeit und zunehmender Armut. Durch TTIP soll -auf Betreiben der EU- der weltweite Finanzsektor weiter dereguliert und die Finanzinvestoren stärker geschützt werden. Die strenger Standards der USA (Dodd-Frank Act) zur Finanzmarktstabilisierung nach der Finanzkrise von 2007-2009 sollen abgesenkt werden.

Die Alternative: Grundlegende Umwandlung der Banken und Finanzdienstleistungen

- Der hochriskante Finanzsektor muss streng reguliert werden.
- Alle Finanzprodukte sollten dahingend geprüft werden,

den, ob sie positive soziale, wirtschaftliche oder ökologische Auswirkungen haben.

- Hochkomplexe und riskante Finanzprodukte müssen verboten werden.
- Es muss verhindert werden, dass Banken und Versicherungen so groß werden, dass sie bei einem Zusammenbruch die Stabilität einer Volkswirtschaft gefährden.
- Steueroasen müssen abgeschafft werden.
- Die Steuerbehörden sollten weltweit zusammenarbeiten, um Steuer- und Kapitalflucht sowie Schwarzgeld aufzuspüren. Dazu müsste eine international agierende Regulierungsbehörde sowie ein Tribunal geschaffen werden, die die internationalen Handels- und Finanzaktivitäten beaufsichtigen und bei Fehlverhalten sanktionieren.

FAZIT

Transparenz und Bürgerbeteiligung als Voraussetzung für Handelsabkommen!

Statt Abkommen, die im Geheimen ausgehandelt und von der Unternehmenslobby massiv beeinflusst werden, müssen weltweit geltende faire Handel- und Investitionsregeln geschaffen werden, die die Interessen der Menschen und den Schutz der Umwelt als wichtigstes Ziel betrachten.

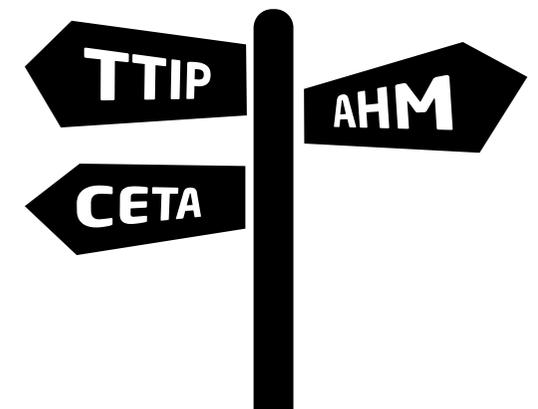
Deshalb muss den geplanten Freihandelsabkommen der Kampf angesagt werden.

Mehr Infos:
<http://www.alternativtrademandate.org>
<http://www.attac.de>

V.i.S.d.P.: Siegfried Fachtet, Sprollstr. 31 A, 70597 Stuttgart

Das Alternative Handelsmandat als Antwort auf Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA

Warum über Alternativen nachgedacht werden muss



In der Handelspolitik zeichnet sich seit einigen Jahren ein dramatischer Umbruch ab: Die Welthandelsorganisation (WTO) verliert an Gewicht. Stattdessen haben geplante Handelsabkommen zwischen verschiedenen Staaten Hochkonjunktur wie zum Beispiel die aktuell verhandelten Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und der EU mit Kanada (CETA). Darin werden vordergründig der freie und faire Handel und der Abbau von Handelshemmnissen gepriesen, doch bei genauerem Hinsehen wird die Privatisierung öffentlicher Güter und Deregulierung gefordert. Das bedeutet, dass staatliche Eingriffe zum Schutz der Verbraucher zurückgedrängt werden und das Feld dem freien Markt überlassen wird. Geplant ist zum Beispiel, dass kapitalkräftige Investoren Staaten verklagen können, wenn ihre Gewinnerwartungen durch demokratisch beschlossene Gesetze nicht erfüllt werden. Ein solches Handelsmodell dient dazu, die Interessen einiger Weniger, zum Nachteil der Mehrheit, zu fördern.

Der Bauplan für eine andere Handelspolitik: das Alternative Handelsmandat.

Eine Kritik am intransparenten, das heißt weitgehend geheim geführten, Freihandelsabkommen allein reicht jedoch nicht. Es ist an der Zeit für eine Vision: eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik im Dienst von Menschheit und Umwelt.

Über 50 zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Gewerkschaften, Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklungshilfe waren von dieser

Notwendigkeit überzeugt und haben Grundsätze für ein Alternatives Handelsmandat entwickelt, das folgende Grundforderungen enthält: Die Verwirklichung umfassender Menschenrechte und das Recht von Gesellschaften, ihre Lebensverhältnisse demokratisch zu bestimmen sowie den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Zwei der zehn Bereiche dieses alternativen Handelsmandats, das unter anderem auch die Bereiche Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Auslandsinvestitionen, Rohstoffe, Klimawandel, Öffentliche Dienstleistungen, Öffentliches Beschaffungswesen sowie geistiges Eigentum umfasst, sollen genauer beleuchtet werden.

Bereich: Nahrung und Nahrungsmittelproduktion

Aktuelle Situation: Die exportorientierte Nahrungsmittelproduktion in der EU wird durch große Unternehmen bestimmt. Die Politik der EU fördert Überproduktion und stiftet damit die Erzeuger zum Preisdumping an. Exportsubventionen zerstören lokale und regionalen Märkte der Kleinbäuerinnen und –bauern in Entwicklungsländern. Auch für europäische Bäuerinnen und Bauern bedeutet das niedrige und instabile Preise und riskiert damit deren Existenz. Die aktuellen Protestaktionen machen diese Entwicklung deutlich. Außerdem werden die knappen natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern für die exportorientierte Erzeugung von „Luxusgütern“ für Europa wie Sojabohnen und Biotreibstoffe vergeudet. Das hat verheerende Auswirkungen auf die Umwelt.

Durch die geplanten Freihandelsabkommen wird die industrielle Landwirtschaft, die von großen Konzernen beherrscht wird, einen ungeahnten Aufschwung erfah-

ren. Vor allem Konzerne werden profitieren wie z.B. der US-Konzern Monsanto, der gentechnisch verändertes Saatgut sowie glyphosathaltiges (krebserregende) Unkrautvernichtungsmittel produziert.

Die Alternative: ein nachhaltiger Ansatz bei der Nahrungsmittel-erzeugung.

- Die Zerstörung der lokalen Märkte im globalen Süden durch billige Importe und die Herabsetzung von Zöllen muss beendet werden.
- Um die natürlichen Ressourcen dieser Länder -vor allem um den für das Klima der Erde notwendigen Regenwald- zu schonen und deren Ernährungsgrundlage zu verbessern, muss das langfristige Ziel der EU sein, eine größtmögliche Selbstversorgung mit Lebens- und Futtermitteln zu erreichen, die auch in Europa erzeugt werden können; dies gilt besonders für Protein- und Ölpflanzen als Alternativen zu Importen von genmanipulierten Sojabohnen, Palmöl und Biotreibstoffen.
- Wenn die EU Nahrungsmittel einführen muss, die nicht in der EU erzeugt werden können, z.B. Kaffee und Kakao, ist sicherzustellen, dass diese nachhaltig produziert werden und dass den ErzeugerInnen ein fairer Preis bezahlt wird. Deshalb muss die EU die Exportländer finanziell stärker unterstützen, damit diese hohe Umwelt- und Sozialstandards für Exporte einführen können.
- Wichtig ist, politische Maßnahmen gegen Anbau und Import von genmanipulierten Organismen innerhalb der EU zu fördern.